

**Abonnementpreis**  
In der Ausgabe mit dem Stichpreis und den Beiträgen erscheintes Buchpreis: 100.-; vierjährlich 4.50.  
Bei preiswürdiger höherer Auflösung ist das 4.50. Durch die Post dringen die  
Deutschland und Österreich: vierjährlich 4.50. Diese tägliche Ausgabe  
im Ausland: monatlich 3.00.  
Die Wagen-Ausgabe erscheint täglich 1.70.-.  
Die Eisenbahn-Ausgabe: 8.-

**Redaktion und Expedition:**  
Johannstraße 8.  
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 6 bis spätestens 7 Uhr.

**Filialen:**  
Otto Stein's Berlin, Alfredstraße 1,  
Universitätsstraße 1,  
Leipzig, Sachsenstrasse 14, Park- und Königplatz 2.  
Druck und Verlag von C. Volz in Leipzig.

## Abend-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N° 381.

Sonnabend den 14. November 1891.

### Bur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 15. November,  
Vormittags nur bis 9 Uhr  
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

### Die Wissenschaft und die Sozialdemokratie.

\* Wir beginnen in einem früheren Artikel dar, wie die soziale Wissenschaft des Fundamentes entsteht, wenn sie die Entwicklung und das sozialistische Fortschreiten des sozialen Gesamtkörpers nicht bis zur Quelle zurück verfolgt. Nur hier wird klar dargestellt, was auf diesem Gebiet, im Vergleich von Todt und Dörfel, bereits erreicht ist und welche Versicherungen und welche Schranken für den Fortschritt maßgebend waren. In letzter Instanz führt diese Forschung dann immer wieder auf die menschliche Natur zurück; die Mensch kann nicht aus seiner Haut heraus. Ob er vor Jahrtausenden oder heute auf die Welt kam, ändert nichts an seinen Naturanlagen, seinen Trüken oder Instinkten; wer ihn anders haben will, muss es mit seinem Herzen ausmachen.

Zwei Momente sind es, welche hauptsächlich die soziale Entwicklung der Menschheit bilden, einmal der Widerstand vor Gut und Böse, von Göttern und Menschen in den Himmel, und zum anderen die angeborene Verhältnisse der geistigen und körperlichen Kräfte, Anlagen und Charaktereigenschaften. Hierin haben die Jahrtausende nicht geändert und werden auch künftige Jahrtausende nichts ändern. Wohl aber lebt und die Gedanken, wie in jenen Widerstreit das Gute immer mehr die Oberhand behält, wie der Gottesdienst immer mehr der Menschheitliche Terrain abtreten muss und durchaus auch die unersättliche Unersättlichkeit der individuellen Veranlagung in ihrem Einfluss auf die Einzelgeschäfte genutzt und abgeschafft wird. Dies sind aber die Erziehungskräfte von Jahrtausenden, von Jahrtausenden aufeinander folgenden Generationen, welche sich in den gesellschaftlichen Sitten und sozialen Ordnungen verkörpernt haben und welche jede neue Generation als Ausstell, wie es Weg und Schranken für das weitere Fortschreiten verhindern.

Aus diesem Weg kann aber der Mensch nicht beliebig austreten, auch nicht das Tempo über ein gewisses, durch verlässliche und sachliche Verhältnisse bedingtes Maß ganz beliebig beschleunigen. Der Träger der Entwicklung, der Mensch, ist derzeit geblieben, der er seit Jahrtausenden war, und in jedem Einzelnen wird derzeitige Widerstand der Träte, die beliebige Umgangsformen der Veranlagungen wieder erkennen, und lenkt und beschränkt die Entwicklung der Zukunft ebenso wie die Vergangenheit gestaltet hat.

Wenn es aber, weil durch die menschliche Natur bedingt, nicht möglich ist, den Entwicklungszugang der Menschheit in beliebig neue Bahnen zu lenken, so fragt es sich in erster Linie auch, ob dies möglich ist, ob auf den Körper durch die Weltgesetze verfolgten Bahnen die sozialen und humanitären Ideen nicht so entschieden fortgeschritten sind, dass der Fortschaltung dieser Bahnen nicht die zukünftige Weiterentwicklung richtig anerkannt werden könnte. Und in der Verlegung dieser für die soziale Wissenschaft grundlegende Fortschaltung liegt die Verantwortung der sozialdemokratischen Method. Wie war es vor tausend, ja wie war es auch vor hundert Jahren aus dem Kreis der Arbeiter, der Krieger, der Kranken bestanden, und wie steht es jetzt damit? Das ist die entscheidende Frage, wenn man ein richtiges Urteil über die soziale Erziehbarkeit und Schaffenskraft des bestehenden Gesellschaftsvertrages fällt, wenn man ein Urteil darüber gewinnt, ob auf den bisher eingeschlagenen Wegen auch das noch künftige erreicht werden kann. Dabei räumen wir allerdings der Frage eine große Bedeutung bei, ob für die materiell und soziale Entwicklung der unteren, insbesondere der arbeitenden Clasen in absehbarer Zeit fernere wesentliche Fortschritte zu erwarten und zu erwarten sind, ob es man zu den unbeliebten Einschätzungen auf die künftige Ewigkeit keine Zuflucht nehmen mag, um Staat und Gesellschaft der Menschen zu verhindern. Aber gerade in dieser Beziehung gestaltet wiederum die Geschichte des sozialen Fortschreitens die höchsten Schlüsse auf die Zukunft. Wir haben schon erwähnt, wie das Tempo des humanitären Fortschreitens sich nicht ganz beliebig beschleunigen lässt, wie man nicht mit beiden Händen über alle Hindernisse weg in vollständige Zukunft einschreiten kann, wie sowohl die einzelnen materiellen als diesen Fortschritte stets eine ihrer Tragweite entsprechende Zeit zur Ausgleichung und Etablierung benötigen. Allerdings dieser unweidbaren Schranken, in welcher kein beschleunigender Prozess und die letzten Zeiten veranlagt, insbesondere seit durch die großen Veränderungen und die Fortschritte in der Arbeiterschaftsregierung die soziale Regierung bestrebt ist, welche jenseits politische Interessen des Staates auf humanitärem Gebiet kommen möchte! Sehen wir nicht, wie in plausiblen Fortschritten immer mehr die freiwillige in die gesetzliche Humanität übergeht und wie die Erstellung der sozialen Pflichten immer entstehen in allen Gesellschaftsschichten zum Durchbruch kommt?

Die Verlegung der Geschichte des sozialen Fortschreitens des Vergleich zwischen Sozialem und Zeit, beruht die soziale Wissenschaftlichkeit der sozialdemokratischen Lehren über haltbaren Grundlage, jedes Fundamente. An Stelle strenger, objektiver Würdigung des positiven Errichtens tritt eine drastische, sensationell übertriebene Schärferung des Rückverschusses und eine überbeweisende Schärferung des Vorderverschusses. Nicht von dem Guten, was erzielt, sondern von dem Unzulänglichen, was noch nicht erreicht ist, gäbe die sozialdemokratische Logik aus. Und die Unzulänglichkeiten, welche das Erdbeben des armen Menschenlöhns sind, werden zu einer Sünde der Gesellschaft gestempelt. Der heutigen Gesellschaft wird es nicht als ein Verdienst angesehen, was auf ihrem Boden geschehen ist, sondern als

ein Verbrechen, daß sie noch nicht alles zu schaffen im Stande war. Und diesem Verhältnis der Gegenwart die Kopien einer erträumten Zukunft gegenüber zu stellen, das ist die Ausgangs- und Zielzwecke, das ist die Methodik der sozialdemokratischen Wissenschaft!

Leipzig, 14. November.

\* Der Bundesrat hat in der gestrigen Sitzung dem Gesetzesvorschlag, betreffend die Feststellung des Reichsbaudikrates für 1892/93, sowie betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Verwaltungen des Reichsgerichts, der Marine u. zugestimmt. — Der Antrag hier, die strafrechtlichen Maßnahmen gegen Mitglieder des Reichstags während der Versammlung desselben bereitgestellt, wurde von der Tagessitzung abgelehnt. Es handelt sich um den vom Reichstag im längsten Sessionsabschnitt einstimmig angenommenen Antrag, um es zu erklären, daß die den Reichstagsabgeordneten zugeschriebenen Immunitäten während jeder Sitzung fortdueren und den Reichstagszur zu erhalten, bei den verhinderten Abgängen davon zu wissen, daß die zur Durchführung dieser Auflösung geeigneten Anerkennungen getroffen werden. Die Angelegenheit wird also im Reichstag von sozialdemokratischer Seite wieder zur Erörterung gebracht werden. Es wäre wünschenswert, daß der Bundesrat schlägt zu einer festen Sitzungsanfangszeit gelangt. Im Interesse der Reichsbehörden und Reichstagsimmunität muss die Frage jetzt zu einer endgültigen Lösung gebracht werden.

\* In dem Vertrag der politischen Diskussion steht das gelten an dieser Stelle erwähnte Wort: *suprema lex regis voluntas. (Der Wille des Herrschers ist das höchste Gesetz.)* Die Post schreibt:

Die gelehrte Wissensfrage von einer Eintragung St. Pauli ist des Authors in das Auslandsschiff der Stadt München und von den Münchner Reichen Nachrichten unter Angabe folgender Zusatzes bestätigt:

\* Der Kaiser trug im Rathaus seines Namens in das Auslandsschiff ein und fuhr nach Italien, um ein Boot des Eigentümers Götzenbach zu kaufen, einen Zweck überzeugte mit diesem für den Kaiser bestimmten Blatte wurde das Auslandsschiff zu Melkberg gekauft, damit sich der Reichsgerichts- und die übrigen Herren des Reichs eintragen möchten. Das ist das Goldene Buch, das nicht mehr zu kaufen, da es nicht mehr zu kaufen sind in Melkberg über den Namen des Kindes der von diesem Hand geschriebene Satz vor: *Suprema lex regis voluntas.*

Es macht sich überall in der Presse ein Mischungen über den Zweck bestmöglich, das in einigen Blättern sehr unverhohlen angesprochen wird. Wie der Artikel „A.“ geschrieben wird, hat im Münchner Magazin ein Mitglied in der geheimen Sitzung am Dienstag an den Oberbürgermeister die Frage gerichtet, ob es wahr sei, daß Kaiser Wilhelm bei seiner letzten Anwesenheit in München im September v. J. einen solchen Ausdruck in das Goldenbuch der Stadt eingetragen habe. Der Oberbürgermeister bestätigte darauf diese Nachricht, indem er die nächsten von den Blättern weitergegebene Mittheilung machte.

\* Unser von uns Staatsminister von Bötticher im Bundesrat ergänzte vorzeitige Veröffentlichung von Gesetzesvorlagen und von deren amtlichen Entwürfen durch die Presse betrifft die „Kreuz-Zeitung“. Diese Frage ist schon wiederholt im Bundesrat zur Erörterung gelangt, den gewünschten Erfolg haben dieselben niemals gehabt; doch verdient die Sache wohl eine nähere Betrachtung. Wie Herr von Bötticher dazu kommen sollte, die Mitarbeiter des Bundesrates dagegen zu verwarthen, daß ein Bundesrat-Draufschaden durch Mitteilungen an die Presse geschäftlich verhindert wird, ist nicht ersichtlich. Das ist aber auch nicht der Hauptgeschäftspunkt für der Sache. Tatsächlich besteht seit dem Bundesrat seit länger als 10 Jahren, die Veröffentlichung seiner Drucksachen zu verbieten, aber immer vergeblich. Häufig ist es vorgekommen, daß der Verfassungsbefreiung einer Vorlage empfohlen, und in denselben Ausgaben stand diefe Idee in höchsten und autoritären Blättern. Waren selber die Bundesrat-Drucksachen in legaler Weise in einzige offizielle Stellen, z. B. das literarische Bureau, gegeben, so lamen sie seit der geplanten Veröffentlichung einer heimlichen Weise immer noch in die Hände einzelner Reichstagsabgeordneten und es bildete sich der eigentümliche Zustand heraus, daß die Veröffentlichung von Kammeren, die der Bundesrat verbindlich wollte, ein Privilegium von einigen Individuen wurde, die ungehört von allen Verboten die Sache stets in den Händen hatten. Dem konnte man in unanziehbarer Weise sofort ein Ende machen, wenn man die Vorlagen ohne Verlust im Reichstag anerkennt.

\* In den Mandatarien der letzten Jahre sind vielfach Versuche mit vollständigen Faktenstützungen für die Mannschaften gemacht worden. Diejenigen haben sich glänzend resultiert, die die letzten Zeiten veranlagt, insbesondere seit durch die großen Veränderungen und die Fortschritte in der Arbeiterschaftsregierung die soziale Regierung bestrebt ist, welche jenseits politische Interessen des Staates auf humanitärem Gebiet kommen möchte! Sehen wir nicht, wie in plausiblen Fortschritten immer mehr die freiwillige in die gesetzliche Humanität übergeht und wie die Erstellung der sozialen Pflichten immer entstehen in allen Gesellschaftsschichten zum Durchbruch kommt?

\* Die „Großdeutsche Zeitung“ bestätigt, daß die Diätenfrage in der bevorstehenden Sitzung des Reichstags wieder zur Verhandlung gebracht werden wird. Die freisinnige Partei habe zwar darüber noch keinen Beschluss geprägt, aber daß die Frage in gegenwärtiger Form in der bevorstehenden Sitzung zur Erörterung des Reichstags gebracht werden müsse, unterliege wohl kaum einem Zweifel. Damit wird eine Sitzung erwartet, die den Reichstag von Anbeginn an mit kurzen Unterbrechungen immer von neuem beschäftigt hat. Folgt war es in den Sitzungen 1881—86, daß der Reichstag auf freisinnige bzw. sozialdemokratische Anregung sich mit der Angelegenheit ein-

gebender befaßte. Der Antrag auf Diätenverhinderung wurde damals gegen die Stimmen der conservativen Parteien und der Mehrzahl der Nationalliberalen (in einer anstrengenden Abstimmung mit 180 gegen 95 Stimmen) angenommen, wie es auch in früheren Jahren wiederholt der Fall gewesen.

So war unternehmen aus später, im Februar 1888, die Deutschnationalen noch einmal einen Vorstoß in dieser Richtung, indem sie den Diätenantrag mit dem Geheimenrat über Verlängerung der Legislaturperiode verknüpft wollten. Indessen entwarf der Reichstag, daß der Antrag mit dem vorliegenden Gesetzesvorschlag nicht in einem wechselseitigen Zusammenhang steht und seine Bedeutung bei dieser Gelegenheit darum unzureichend sei. Es ist kann daran zu zweifeln, daß der Diätenantrag auch jetzt wieder eine Mehrheit im Reichstag findet, es müßte denn gerade das Commissum sein Anhänger in diesem Punkt geändert haben. Ebenso gewiß aber ist es, daß der Bundesrat nicht geben kann, den Antrag verworfen, und bei der sicherer praktischen Erfahrung ist es.

Es geht um eine erneute Verhandlung im Reichstag nicht auszusehen. Man kann für und gegen die Boodmäßigkeit der Diätenzahlung an Reichstagsabgeordnete ganz unterschiedliche Meinungen bringen; die nationalliberale Partei ging bei dieser Abstimmung fast ausnahmslos ein. Infolgedessen gilt nun einmal die Diätenlosigkeit des Regierungen als das einzige „Gevrecho“ gegen die Schrankenlosigkeit des allgemeinen Wahlrechts, die Schrankenlosigkeit des allgemeinen Wahlrechts, und es ist keine Ausicht, daß ihre Befestigung zu gelingen wird.

\* In der Versammlung der Berliner Handelskammer wurde die Wissensfrage gemacht, daß Ministerium des Innern plane die Aufhebung des Sappeltarifes. Der Reichstag vorgeschlagen. — Aus der dem Reichstag vorgelegten „Übersicht der Ergebnisse des Haushaltungsvergleichs für das Jahr 1890“ erfuhr man, daß in diesem Jahre die Aushebung in Deutschland fast erheblich verstärkt werden ist. Bekanntlich war in dem Gesetz von 1889 eine Erhöhung des Zolltarifes um 6000 Rpf vorgesehen. Späterhin hat Herr von Caprivi erklärt, daß er unter gleichzeitiger Vermeidung der Verluste an den protestantischen Kirchen und der katholischen Kirche gegen die Aushebung noch um weitere 6000 Rpf erhöht werde. Aus der jetzt mitgeteilten „Übersicht“ des Reichstagsberichts ist zu erkennen, daß im Herbst 1890 die Aushebung gegen das Budget nicht um 12000, sondern um mehr als 23000 Rappen vermehrt worden ist. Es betrifft nämlich die Zahl der Aushebungen 1889 150 270, 1890 gegen 182 836. Ob die dickeste Aushebung nur für die erste Durchführung des Haushaltungsvergleichs von 18 000 Mann beabsichtigt ist, oder auch früher fortgesetzt werden soll, ist nicht bekannt. Infolge der starken Aushebung das für die Zahl der Überzahl gebliebenen, welche 1888 noch 27 455 betrug, auf 30 166 im Jahre 1890 verringert. Neben den 182 836 Aufgebunden des Jahres 1889 hat 12 666 im militärischen Alter freiwillig eingetreten. Außerdem sind freiwillig eingetreten 12 645 vor Beginn des militärischen Alters. Am Anfang des Jahres haben Heer und Marine im vorherigen Jahr eine Erhöhung an neuen Mannschaften erhalten von 205 147 Mann. Auf die Marine entfallen hierzu circa 1000 Mann.

\* Die Gesamtzahl der Wahlen der Monate April bis September 1890 bei den 16 der preußischen Gouvernementsverwaltung angelegten Kreisgerichten vom Hofstaatsbeamten Mannschaften betrug 121. Bei den Extraktien starben 6. Im vorherigen Jahre betrug die Zahl der während des gleichen Zeitraums vorgenommenen Extraktien 82 mit 10 Todesfällen. Auf die Zahl der Herzstürmen, die Monate August und September, entfielen in diesem Jahre 55 Extraktien mit 2 Todesfällen gegen 48 mit 4 Todesfällen im Vorjahr.

\* Beim Begriff auf ein in Wien verbreitet gemeinsches Geschäft, das außer den in den Vorlagen nachhaltig genannten Ansprüchen der Heeresverwaltung noch mit einer weiteren Förderung an die Delegierten herangereitet werden soll, hört man aus Wien von verschärflicher Seite, daß dieses Geschäft auf der Art vergriffen ist. Dasselbe kann nur durch gewisse abschließende rechtliche Tendenzen, die von mancher Seite der Übereinkunft gegeben werden, gezeigt werden kann. Häufig man auf möglicher Stelle nicht erkannt, daß man für das nächste Jahr mit den geäußerten Summen das Anfordern finden werden, so wäre in die Vorlagen eine höhere Förderung angesetzt worden. Von neuen nachträglichen Ansprüchen ist aber sehrverständlich nicht im Entfernen die Rede.

\* Der Antrag auf die Einheitlichkeit des Staatsbahnhofs in Österreich, zu dem die Polen unterschrieben, ist entgegengesetzte Auffassungen und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, so ist die Entscheidung der Regierung bestrebt, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs und wie in allen Fragen, welche das Interesse des Staates betreffen, war es der Kriegsminister, welcher den Forderungen der „Nationalen“ gegenüber stand, der kleinen Bahnbetriebe mit gewisser unabdingbarer Direktion und Sicherheit verschieden Sprachen brauchen kann. Allerdings möchte schwierig auch hier wieder der Kaiser eingreifen, da die einzelnen Minister, dem „Wirtschaftsprinzip“ des Großen Kaisers Rechnung tragen, vielleicht doch dem allmächtigen Polenclus Zugestraße gemacht hätten. Über den stattgefundenen Ministreraat wird gemeldet:

\* Wien, 13. November. Der einzige Ministreraat unter Bösig, der Kaiser und im Besitz des gemeinsamen Reichsmüllers entließ endgültig über die Gestaltung des gesetzlichen Landesbahnhofs